

Corona trifft die SBU im Jubiläumsjahr

Der Pandemie zum Trotz gestalteten Bewohner und Angestellte der Stiftung Behindertenbetriebe Uri ihren Alltag – so gut es geht.

Christian Tschümperlin

Das Areal der Stiftung Behindertenbetriebe Uri (SBU) gleicht zurzeit einer Sperrzone. Alles ist abgeriegelt, Kinderspielplatz und Kleintiergehege eingeschlossen. «Die SBU setzt damit die Vorgaben des kantonalen Krisenstabes um, nach denen keine Kontakte zwischen internen und externen Personen möglich sind», sagt Geschäftsführer Thomas Kenel. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Virus nicht in das Heim gelangt und sich ausbreitet. Und: «Sicherheit ist während dieser Coronapandemie ein hohes Gut. Doch eine absolute Sicherheit gibt es leider nicht.»

Neben dem Kontaktverbot hat man viele weitere Massnahmen getroffen, um eine hohe Sicherheit zu erreichen. Beim Personal kann das manchmal auch zu Stress führen. «Für die Angestellten besteht ein zusätzlicher Druck durch die Ansteckungsgefahr im Privatleben. Niemand möchte es verantworten, das Virus in die SBU zu tragen.» Bisher hatte man aber Glück; es wurde kein einziger Coronafall im Umfeld der SBU festgestellt.

Ein Viertel der Bewohner bleibt daheim

Die Stimmung im Heim beschreibt Kenel als den Umständen entsprechend gut. «Die unterschiedlichen Wohngruppen haben sich mit den Einschränkungen arrangiert und halten sich sehr pflichtbewusst an die neuen Regeln.» Einzig ihre Angehörigen werden von vielen Bewohnern vermisst.



Das Gelände rund um die SBU ist abgesperrt.

Bild: Urs Hanhart (Schattdorf, 8. Mai 2020)

Telefone und Videochat können das persönliche Treffen nicht vollständig ersetzen. «Zwanzig Bewohner haben sich deshalb ganz am Anfang der Pandemie dazu entschieden, zu Hause zu bleiben.»

Dadurch befinden sich derzeit rund ein Viertel weniger Bewohner im Heim, und es wurde «Raum und Luft» geschaffen für jene, die geblieben sind. Kenel sagt aber: «Wir sind angehalten, unter Einhaltung einer zehntägigen Quarantäne einzel-

ne Bewohnerinnen und Bewohner wieder ins Wohnheim zurückkehren zu lassen.»

Der Arbeitsrückgang ist deutlich zu spüren

Die SBU gehört zu den grössten Unternehmen im Kanton Uri. Im Betrieb leben und arbeiten zirka 180 Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen sowie 185 Angestellte. Gemeinsam fertigen sie in den Werkstätten industrielle Halbfabrikate sowie zahlreiche an-

dere Produkte, sie erbringen Dienstleistungen in der Gastronomie und Hauswirtschaft. Weil das Tagesatelier wegen der Pandemie komplett geschlossen ist, kam es im Bereich der Werkstatt zu einem deutlichen Rückgang der Arbeit. «So ist beispielsweise die Produktion der mechanischen Fertigung vollständig eingebrochen», sagt Kenel.

Für die Bewohner kann die Normalität aber bis zu einem gewissen Grad aufrechterhalten werden. Trotz Einschränkungen

«Viele Bewohner vermissen ihre Angehörigen.»



Thomas Kenel
Leiter SBU

sei es gelungen, Abwechslung in den Alltag zu bringen. So konnte man viele Beschäftigungen in die Wohngruppen verlegen. «Wenn immer möglich, werden auch einfache Handarbeiten von unserer Werkstatt an die Wohngruppen delegiert.»

Mit den Regeln wird sehr achtsam umgegangen

Die aussergewöhnliche Lage bringt weitere Herausforderungen mit sich. «Die Einhaltung der Distanz- und Hygieneregeln

durch die Bewohner ist sicher ein Dauerthema, aber auch die Koordination der vermehrten Aktivitäten fordert alle.» Die Verhaltensvorschriften werden auf unterschiedliche Weisen vermittelt: Man bedient sich Mitteln der unterstützten Kommunikation, Texten in einfacher Sprache und Videos. «Wir dürfen feststellen, dass die meisten Menschen mit und ohne Beeinträchtigung sehr achtsam mit den Regeln umgehen.» Aber natürlich seien dazu kognitiv nicht alle Bewohner in der Lage.

Masken kommen mit Mass zur Anwendung

Masken kommen bei der SBU situativ zum Einsatz, etwa, wenn Menschen mit Beeinträchtigung in der Körperpflege unterstützt werden müssen oder im Arbeitsbereich Instruktionen gegeben werden. Kenel sagt: «Einzelne Menschen fühlen sich generell in Masken sicherer, was von der SBU unterstützt wird.»

Die Pandemie kommt für die SBU zur Unzeit: Die Institution wurde 1970 als private Stiftung gegründet, damals noch als kleiner Betrieb mit einer Werkstatt und sechs Menschen mit Behinderung. Dieses Jahr wird das 50-Jahr-Jubiläum gefeiert. «Wir mussten viele Besuche bei unseren Kunden und den Kundentags assistieren und das grosse Sommerfest auf das nächste Jahr verschieben», bedauert Kenel. Man hofft aber, mit den Jubiläumsaktivitäten nach den Sommerferien wie geplant fortfahren zu können. Der Tag der offenen Tür am 31. Oktober soll dann zum zentralen Anlass des Jubiläumsjahres werden.

Staatspolitische Kommission fühlt in Uri den Puls

Kesb, Polizei oder Gerichte: Die Regierung muss zu aktuellen Themen Stellung nehmen. Nicht immer ist die Kommission zufrieden.

Personelle Wechsel und krankheitsbedingte Ausfälle bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) haben die Staatspolitische Kommission zu Fragen gedrängt, ob die Kesb ihre Aufgaben erledigen und Beschlüsse in korrekter Zusammensetzung und innert angemessenen Fristen vornehmen kann. Gesundheitsdirektorin Barbara Bär und Jules Busslinger, zunächst Interimspräsident der Kesb, informierten und gaben Auskunft zu Veränderungen und Optimierungen.

Wie aus der schriftlichen jährlichen Berichterstattung hervorgeht, konnten die Bedenken der Staatspolitischen Kommission betreffend Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Kesb aufgrund der personellen Fluktuation entkräftet werden. Für Irritation habe allerdings gesorgt, dass nicht nur die Staatspolitische Kommission, sondern auch Landrat, Gemeinden und Sozialdienste verschiedentlich auf gewünschte Optimierungen hingewiesen hätten, eine Umsetzung jedoch lange auf sich warten liess.

Mit Interesse erwartet die Staatspolitische Kommission im nächsten Rechenschaftsbericht über die kantonale Verwaltung, Aussagen der Kesb zu Fallzahlen und zur Dauer von Verfahren.

Die Neuausrichtung der Kesb ist auf gutem Weg

Wegen Corona verzichtete die Staatspolitische Kommission auf eine geplante weitere mündliche Auskunft und holte stattdessen zum Legislaturende eine schriftliche Stellungnahme betreffend Kesb ein. Wie sich daraus ergeben hat, besteht in einigen Bereichen zwar noch Handlungsbedarf. Insgesamt befindet sich die geplante Neuausrichtung jedoch auf gutem Weg. Ziel sei es, diese bis Ende 2020 abgeschlossen zu haben.

Die Staatspolitische Kommission begrüsst es sehr, dass Massnahmen zur Effizienzsteigerung vorgenommen wurden und es bereits gelungen ist, Pendenzen zu reduzieren. Mit Interesse wird sie den Umsetzungsabschluss der Kesb-Neuausrichtung mitverfolgen und sich 2021 zur Reorganisation informieren.

Ende 2019 machten Medienberichte unserer Zeitung personelle Probleme im Polizeikorps publik. Ein Konflikt führte schliesslich sogar zur Suspendierung von zwei Kadermitarbeitenden bei der Kantonspolizei.

Sicherheitsdirektor Dimitri Moretti und Polizeikommandant Reto Pfister hätten die Kommission auf Einladung ausführlich und sehr offen orientiert. Bei dieser Aussprache zeigte sich,

dass Sicherheitsdirektor Moretti und Polizeikommandant Pfister bei ihrem Amtsantritt mehrere problematische und konfliktbehaftete Fälle im Personalbereich übernehmen mussten. Für eine objektive Aussensicht und zur Unterstützung bei zu treffenden Personalentscheiden hatten sie eine externe Fachperson beigezogen.

Die Staatspolitische Kommission sei sehr transparent

über die Personalgeschäfte sowie die bisher getroffenen Vorkehrungen und Massnahmen informiert worden, heisst es im Bericht. Sie stellt fest, dass eine Aufarbeitung der übernommenen Personalprobleme erfolgt.

Es folgen nun Mitarbeiterbefragungen

Im Gespräch wurde zudem darauf hingewiesen, dass eine Befragung der Mitarbeitenden geplant ist, die den Bedarf für allenfalls weitere Anpassungen klären soll. Die Staatspolitische Kommission erachtet es als sinnvoll, die Ergebnisse dieser Mitarbeiterbefragung abzuwarten. Das Thema bleibt auf der Pendenzenliste.

Im Rahmen der Oberaufsicht überwacht die Staatspolitische Kommission auch den Geschäftsgang der Gerichte. Hierzu findet jährlich eine Aussprache mit dem Obergerichtspräsidenten statt, sodass die Staatspolitische Kommission Auskunft über die Fallzahlen, die Pendenzen und Verfahrensdauer erhält. Man erkundigte sich nach den Auswirkungen der

Umstellung auf die Verwaltungsautonomie der Gerichte – der sogenannten Justizverwaltung.

Auch neue Teilzeitstelle beim Gericht war Thema

Auch wenn nachvollziehbar sei, dass es zu Verschiebungen von Aufgaben komme, beispielsweise im Rechnungs- und Personalwesen, thematisierte sie die Schaffung einer neuen 50-Prozent-Stelle «Administrative Leitung richterliche Behörden». Denn aufgrund der Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation konnte davon ausgegangen werden, dass die Einführung der Justizverwaltung kaum zu einer Mehrbelastung beim Obergericht führe. Die Kommission erachtet die Argumentation und Begründungen von Gericht und Justizdirektion teilweise als widersprüchlich.

Markus Zwyssig

Hinweis

Die Berichterstattung der Kommission wird am 20. Mai dem Landrat vorgelegt.

Strukturen des BWZ Uri werden geprüft

Berufsbildung Die Staatspolitische Kommission verlangte von Bildungs- und Kulturdirektor Beat Jörg mündlich Auskunft zur Organisation und zu den Strukturen beim Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ Uri) sowie zu den Aufgaben, Zuständigkeiten und zur Verantwortung von Schulkommission und Bildungs- und Kul-

turdirektion (BKD). Auslöser war die Entlassung des Rektors während der Probezeit.

Die Kommission begrüsst, dass die Organisationsstrukturen des BWZ Uri gemäss Jahresziel 2020 der BKD bis Mitte Jahr geprüft werden. Wenn die Ergebnisse vorliegen, soll die Staatspolitische Kommission erneut informiert werden. (MZ)